

förderverein tolerantes sachsen

Domplatz 5 – 04808 Wurzen

Telefon: 0178 544 58 07 – buero@tolerantes-sachsen.de

Demokratische Kultur in Sachsen Positionspapier des Netzwerkes Tolerantes Sachsen

Seit der Veröffentlichung des Handlungskonzepts des Netzwerkes Tolerantes Sachsen (NTS) im Jahr 2004 haben sich sowohl die Bedingungen zivilgesellschaftlicher Arbeit deutlich verändert, als auch unsere Einschätzungen der gesellschaftlichen Situation sowie unsere konkreten Handlungsmöglichkeiten. Die Reflektion der Grundlagen einer erfolgreichen Demokratieentwicklung ist für uns Anstoß, das Selbstverständnis und zentrale Positionen des NTS neu zu formulieren. Auch eine fortschreitende Professionalisierung und Erweiterung des Wirkungsspektrums innerhalb des NTS machen eine solche Reformulierung notwendig. Aus den reichhaltigen Erfahrungen, Kenntnissen und Ansprüchen unserer Mitglieder haben wir ein Positionspapier erarbeitet, welches die Arbeitsgrundlagen und die Zielsetzungen für das Netzwerk bündelt und beschreibt.

Das Papier entwickelt sich in vier Schritten:

1. Unser Ziel – Weiterentwicklung der demokratischen Kultur in Sachsen
2. Zustandsbeschreibung - Hürden und Gegner einer demokratischen Kultur
3. Unsere Arbeit – Strukturen, Arbeitsweisen und Teilziele der Mitglieder des Netzwerkes
4. Bedingungen für eine erfolgreiche Arbeit



förderverein tolerantes sachsen

Domplatz 5 – 04808 Wurzen

Telefon: 0178 544 58 07 – buero@tolerantes-sachsen.de

1. Unser Ziel - Weiterentwicklung der demokratischen Kultur in Sachsen

Leitstern unseres Handelns

Die Menschenrechte sind der Leitstern unseres Handelns. Die UN-Menschenrechtscharta, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie deren Fortentwicklung in weiteren Verträgen sind für uns die elementare Grundlage unseres Wirkens. Menschenrechte verwirklichen sich in einer demokratischen Gesellschaft:

Inklusives Sachsen: Eine Gesellschaft, die alle Menschen in das gesellschaftliche Leben gleichberechtigt einbezieht ohne Ansehen von Herkunft, Aussehen, Sprache, Staatsbürgerschaft, Religion, Alter, Geschlecht oder sexueller Identität, von körperlichen und geistigen Fähigkeiten, oder dem sozialen und bildungsbezogenen Status.

Plurales Sachsen: Eine Gesellschaft, die Pluralität der Lebensweisen, und Kulturen¹ als selbstverständlich ansieht.

Partizipatives Sachsen: Eine Gesellschaft, die eine Beteiligung aller in ihr lebenden Menschen an den demokratischen Informations-, Diskussions- und Entscheidungsprozessen gewährleistet und aktiv unterstützt.

Aufgeklärtes Sachsen: Eine Gesellschaft, die auf der Grundlage von Informationen Konflikte mit Argumenten austrägt und mit Rücksicht auf die Interessen von Minderheiten löst.

Diskriminierungsfreies Sachsen: Eine Gesellschaft, die Betroffene von Diskriminierungen unterstützt und Diskriminierung aktiv entgegenwirkt.

Begründet in dieser Haltung treten die Initiativen und Mitglieder des NTS für die Demokratisierung gesellschaftlicher Wirklichkeit und die Entwicklung einer lebendigen demokratischen Kultur ein.

Unser Anspruch an eine demokratische Gesellschaft

Eine demokratische Gesellschaft muss mehr sein, als eine Regierungsform mit demokratischen Prozessen und Verfahren. Sie muss in erster Linie eine demokratische Kultur entwickeln, die sich in der Form des Zusammenlebens und in geteilten Erfahrungen widerspiegelt und beständig reproduziert.

Demokratische Prozesse werden durch kommunizierender Individuen ausgelöst, die ihrerseits in soziale Lebenswelten und gesellschaftliche Teilsysteme integriert sind. Sie werden innerhalb institutionalisierter Norm- und Wertesysteme weiter gegeben. – Dafür bedarf es einer lebendigen demokratischen Kultur. Demokratie muss somit immer zugleich Herrschafts-, Gesellschafts- und

¹ Damit ist explizit kein essentialistischer Kulturbegriff gemeint.



förderverein tolerantes sachsen

Domplatz 5 – 04808 Wurzen

Telefon: 0178 544 58 07 – buero@tolerantes-sachsen.de

Lebensform sein.

Das NTS bezweckt die Stärkung der demokratischen Kultur in Sachsen. Eine solche fördert ein offenes und diskursives Klima sowohl in städtischen Ballungszentren, als auch ländlichen Gebieten und bietet zivilgesellschaftlichen Initiativen Raum für Entfaltung und Organisation. Eine demokratische Kultur, die Dissens und Konflikt als willkommenen Anlass zur inhaltlichen Auseinandersetzung um individuelle und kollektive Standpunkte begreift, versteht Vielfalt und Offenheit als Voraussetzung für kulturelle und soziale Aktivitäten.

2. Zustandsbeschreibung - Hürden und Gegner einer demokratischen Kultur

Die Situation in Sachsen ist weiterhin dadurch gekennzeichnet, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit keinesfalls alleinige Haltung sozialer Randgruppen oder spezifischer Bevölkerungsschichten ist. Solche Einstellungsmuster finden sich in weiten Teilen der Bevölkerung Sachsens, auch in jenen, die für sich in Anspruch nehmen, demokratisch und grundgesetztreu zu sein. Aus diesem Grund halten wir an unserer Beschreibung einer gesamtgesellschaftlichen Ausgangslage fest, die durch Alltagsrassismus (z.B. abwertender Sprachgebrauch, Beleidigungen), strukturellem Rassismus (z.B. Visapolitik, politische Beteiligung, Arbeitsmarkt) und Diskriminierung (z.B. Benachteiligungen aufgrund sexueller Identität, aufgrund des Geschlechts) gekennzeichnet ist. Eine Antidiskriminierungskultur zu etablieren, wie sie für eine demokratisch verfasste Gesellschaft, notwendig ist, stellt die mit verschiedenen Hürden verbundene Herausforderung dar.

Für die Formulierung einer Gesamtstrategie bedarf es fundierter Fakten. Doch an themenspezifischem Monitoring mangelt es. So liegt bis dato keine umfassende Studie zu Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus, Autoritarismus oder Sozialdarwinismus unter in Sachsen lebenden Menschen vor. Die Bearbeitung der Themenfelder und Problemlagen wird vor diesem Hintergrund zumeist auf ausgewählte Teilaspekte, insbesondere Gewalt- und Desintegrationserscheinungen eingeeengt, die Einstellungsebene bleibt außen vor. Aktivitäten konzentrieren sich auf NPD-Wahlergebnisse und Parlamentssitze, neonazistische, rassistische, homophobe oder antisemitische Gewalt- und Straftaten oder auf die Verankerung neonazistischer Strukturen (bspw. neonazistische Jugendkulturen, Kameradschaften) im Gemeinwesen. Hieraus resultiert oftmals ein Aktionismus, der mit bruchstückhaftem Blick die Komplexität des Phänomens nicht erfasst und es nicht gesamtgesellschaftlich verortet.

Mit einer solch verkürzten und eingeschränkten Perspektive müssen Handlungsstrategien Stückwerk bleiben und können gewünschte demokratische Entwicklungs- und Veränderungsprozesse nicht erreicht werden. Auch in der Förderpraxis der sächsischen Landesregierung schlägt sich diese Herangehensweise in Form einer kurzfristigen, stets projektbezogenen Förderung nieder. Auf dieser Basis wird eine kontinuierliche Bearbeitung komplexer gesellschaftlicher Problemlagen erheblich erschwert.

Aus Sicht des NTS überdeckt die Orientierung an der Extremismustheorie die Auseinandersetzung mit den Problemlagen Rassismus, Neonazismus, Antisemitismus und behindert deren konkrete

www.tolerantes-sachsen.de

GLS Bank – KNR: 110 44 52 700 – BLZ: 430 609 67

Vereinsregister Grimma – VRG-NR: VR1097



förderverein tolerantes sachsen

Domplatz 5 – 04808 Wurzen

Telefon: 0178 544 58 07 – buero@tolerantes-sachsen.de

Bearbeitung in den Kommunen und Regionen Sachsens. „Extremismus“-Debatten lenken von eigentlichen Problemen ab, machen Schubladen auf, in die Engagierte eingeordnet werden und setzen deren Engagement mit menschenfeindlichem Denken und Handeln gleich. Eine öffentliche und engagierte Diskussion um tatsächliche antidemokratische und menschenfeindliche Einstellungen und Strukturen sind auf diese Weise nicht zu führen. Stattdessen wird häufig das konkrete Benennen von Problemen und deren Ursachen als Störung, als „Nestbeschmutzung“ empfunden. Eine lebendige demokratische Kultur benötigt aber dringend eine grundsätzliche Anerkennungskultur für Zivilcourage und Einmischung. Grundsätzlich heißt Anerkennung ohne Ansehen der sich einmischenden Personen und unabhängig von den anerkennenden Institutionen.

Neonazistisch und/oder rassistisch motivierte Angriffe werden oft nicht als solche bewertet und eingeordnet und finden so keinen Eingang in bspw. die polizeiliche Kriminalstatistik. Zum Teil liegt dies an der unzureichenden thematischen Aus- und Fortbildung sowie Sensibilisierung von Polizei, Justiz und Verwaltung.

So greift einerseits die sog. 'Extremismustheorie' in der Bewertung von Angriffshintergründen als Erklärungsansatz - unhinterfragt, routiniert und/oder reflektiert und politisch gewollt. Personen, die sich deutlich gegen Nazis und antidemokratische Einstellungen positionieren - sei es in Form ihres Lifestyles oder öffentlicher Statements - werden dabei nicht als Demokrat_innen verstanden. Vielmehr werden sie in einen 'linken Rand' der Gesellschaft eingeordnet. Einseitig ausgeübte Angriffe auf vermeintlich "Linke" oder "Alternative" werden dadurch in der Mehrzahl als „Konfrontationsgewalt“ zwischen Jugendgruppen oder politischen Gegner_innen eingestuft. Diese Einordnung wird vor allem ordnungspolitisch vorgenommen - was zwei nachfolgende Beispiele verdeutlichen - und gewinnt nicht zuletzt dadurch verstärkte Entfaltungskraft in Teilen der Zivilgesellschaft.

- Die Forderung „hate racism!“ wird von einem sächsischen Polizeibeamten als 'linksextrem' bewertet.
- Ein jugendlicher Punk, der von mehreren Neonazis angegriffenen wurde, wird in seiner Zeugenaussage vor Gericht zunächst durch den vorsitzenden Richter befragt, ob er sich der politisch linken Szene zuordne.

Neben der Wirkungsmächtigkeit der sog. 'Extremismustheorie' als Erklärungsansatz konnte sich das Verständnis von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wenig etablieren. Die Tatsachen, dass (homogene) Gruppen gesamtgesellschaftlich konstruiert werden und Personen (unreflektiert) ausgegrenzt bis zielgerichtet angegriffen werden, da sie den Gruppen zugeordnet werden, die die Täter_innen ablehnen, findet daher kaum Berücksichtigung. Die zugrunde liegenden Tatmotive werden auch hierdurch regelmäßig verkannt. Einseitig ausgeübte Gewalttaten werden so entweder als eine „Auseinandersetzung“ bewertet, die am Ende eskaliert sei, an der jedoch beide Parteien Schuld trügen. So werden z.B. rassistisch begründete Angriffe schnell als (Bierzelt- oder Disco-) Schlägerei verstanden – in der gesellschaftlichen sowie ordnungspolitischen Bewertung bleibt so ein vermeintlicher Konflikt zwischen Privatpersonen übrig, der mit ungesetzlichen Mitteln ausgetragen worden sei.

Weitere Hinderungsgründe für eine realistische Einschätzung von menschenfeindlichen und antidemokratischen Delikten und Motivlagen sind in einem unzureichenden Zeugenschutz und



förderverein tolerantes sachsen

Domplatz 5 – 04808 Wurzen

Telefon: 0178 544 58 07 – buero@tolerantes-sachsen.de

mangelnder Sensibilität für Betroffene zu suchen. Für die Einordnung von Gewalttaten ist die Täterperspektive maßgeblich, die Opferperspektive findet nur eingeschränkt Berücksichtigung. Eine unabhängige Beschwerdestelle für die Aufnahme von Dienstaufsichtsbeschwerden oder Anzeigen gegen Vollstreckungsbeamte existiert nicht.

Demokratie- und Antidiskriminierungsarbeit muss gesellschaftliche Rahmenbedingungen in den Blick nehmen und konstatieren, dass wir in Sachsen weiterhin in einer tendenziell homogen strukturierten Gesellschaft leben: Nonkonformität und (sub-)kulturelle Autonomie wurden in der DDR als antisozialistisches, „asoziales“ Verhalten deklariert, und - wie die tatsächliche politische Opposition auch - nicht zugelassen und waren starken Repressionen ausgesetzt. Der Herrschaftsapparat konnte sich in der Abwehr und Diskriminierung nonkonformen Verhaltens auf die Zustimmung einer autoritätsfixierten Mehrheitsgesellschaft stützen. Nicht zuletzt daher benennt die NPD die DDR als das aus ihrer Sicht „bessere Deutschland“. Schwarze DDR-Bürger_innen bspw. wurden (und werden bis heute) bspw. als mocambicanische Vertragsarbeiter_innen wahrgenommen. Vertragsarbeiter_innen wurden stark separiert und mit dem Verständnis des Gast-Status' geduldet. Die hierdurch geprägten Sichten auf Gesellschaftskritik und die Konformitätserwartungen wirken bis heute fort.

Während sich in der Bundesrepublik (sub-)kulturelle Autonomien seit Ende der 1960er Jahre ausprägen konnten, fehlt es bis heute am Anerkenntnis als Einwanderungsgesellschaft – und das entgegen der 60-jährigen Politik, bspw. der gezielten Arbeitsmigration. Das fehlende politische Anerkenntnis dessen und die starke Orientierung auf das vermeintliche Kriterium Staatsbürgerschaft manifestiert beständig die Verleugnung von real existierender Heterogenität und reproduziert strukturelle Ausgrenzung. Die nicht etablierte Antidiskriminierungskultur und ein ausgeprägter struktureller Rassismus sind beispielhafte Ergebnisse dessen.

Zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gesellen sich Demokratiedefizite, die gravierende Hürden in der Entwicklung hin zu einer demokratisch verfassten Gesellschaft im Sinne Kapitel 1 im Weg stehen. Dazu zählen u.a.:

- ein bloß formales Verständnis von Demokratie
- eine Fokussierung auf die repräsentativ-parlamentarische Willensbildung
- eine fehlende Offenheit für teilhabeorientierte Politikansätze
- Einschränkungen der repräsentativ-parlamentarischen Willensbildung und faktische Machtasymmetrien zugunsten von Verwaltungsapparaten sowie
- Wissens- und Verständnisdefizite zu Funktionsweise, Möglichkeiten und Grenzen der politischen Ordnung in der Bundesrepublik.

Häufig anzutreffen ist ein Verständnis von Demokratie, das sich allein auf formale Kategorien bezieht. Demnach sei eine Partei demokratisch, weil sie an einem demokratischen Verfahren teilgenommen und innerhalb dessen Zustimmung erfahren hat. Legalität ersetzt an dieser Stelle Legitimität. Die Fragen, ob Inhalte, Positionen und programmatischer Ausrichtung der Partei demokratische Zielrichtungen haben, werden nicht mehr gestellt oder bleiben unbeantwortet. Die Orientierung an Menschenrechten findet so keine Berücksichtigung. Ähnlich problematisch ist es, wenn bei der Bewertung von Entscheidungen als demokratisch, einzig auf das ordnungsgemäße Zustandekommen abgehoben wird. Im Umkehrschluss wird vielerorts angeführt, inhaltliche Fragen für diese Bewertung spielten keine Rolle. Das kann so weit führen, dass ein inhaltlich demokratisches Vorgehen, etwa der Ausschluss von Mitgliedern einer rassistischen Partei oder Gruppierung von einer Diskussionsveranstaltung, als „undemokratisch“ gewertet wird. Gleichzeitig

www.tolerantes-sachsen.de

GLS Bank – KNR: 110 44 52 700 – BLZ: 430 609 67

Vereinsregister Grimma – VRG-NR: VR1097



förderverein tolerantes sachsen

Domplatz 5 – 04808 Wurzen

Telefon: 0178 544 58 07 – buero@tolerantes-sachsen.de

finden in parteipolitischen Auseinandersetzungen Grenzziehungen im Lager der demokratisch orientierten Parteien statt, die ganze Strukturen ausschließen. So wird der Partei Die Linke wiederkehrend der demokratische Charakter abgesprochen und mit dem Verweis auf die „Extremismustheorie“ eine Zusammenarbeit in der Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Haltungen abgelehnt.

Im Zentrum von politischen Entscheidungsprozeduren steht die repräsentativ-parlamentarische Willensbildung. Sie wird als legitim erachtet. Gegenüber außerparlamentarischen und/oder temporären Engagementformen hingegen bestehen Vorbehalte und Ängste. Die Chancen einer beteiligungsorientierten Politik in Ergänzung zu und/oder fernab formaler und verrechtlichter Partizipations- und Interventionsprozeduren wie Planfeststellungsverfahren und gerichtliche Prüfungen bleiben häufig unberücksichtigt. Bürokratisierte Verfahren werden als Begründung herangezogen, dass ein zeitnahes und am konkreten Bedarf orientiertes Handeln von politisch Verantwortlichen unmöglich sei. Das verschenkt die Potentiale der aktiven Einbeziehung von Menschen.

Erschwerend kommt hinzu, dass das repräsentativ-parlamentarische System der Willensbildung selbst nicht flächendeckend umgesetzt ist oder nur formal eingehalten wird. In manchen Kommunen werden Beschlüsse von Stadt- und Gemeinderäten nicht umgesetzt, Abgeordnetenfragen werden nicht ordnungsgemäß bearbeitet, Ausschussempfehlungen ignoriert, Entscheidungen dem Einfluss der Räte entzogen und in Verwaltungshandeln überführt. Dieses behauptet für sich eine politische Neutralität zu wahren – de facto aber agieren Behörden politisch, ohne es einzugestehen, im besten Fall verhindern sie nur eine politische Entscheidung, weil sie sich apolitisch wähnen. Parallel steigt der Einfluss von Verwaltungshandeln in originär politischen Feldern und Auseinandersetzungen zwischen Politik und Zivilgesellschaft. Wenn z.B. die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung von Programmen der Antidiskriminierungs- und Demokratietarbeit mehrheitlich in die Hände von Bundes-, Landes- und Lokalbehörden gelegt wird, bleiben einerseits die Demokratiedefizite dieser Strukturen ausgeblendet, die andererseits strukturell reproduziert werden - im Konkreten sind Behörden häufig selbst Teil des Problems *und* sie haben Entscheidungsbefugnis, wer Ressourcen erhält, Demokratiedefizite zu thematisieren. Die Beschränkungen der Entscheidungsteilhabe in der politischen Ordnung der Bundesrepublik verstärken sich dort, wo das Wissen um die Funktionsweise und Möglichkeiten, die die Ordnung bietet, mangelhaft oder gar nicht ausgeprägt ist. Viele sind sich ihrer politischen Rechte nicht bewusst bzw. können Entscheidungsfindungen nicht nachvollziehen und haben daher keine Vorstellung, an welcher Stelle sie sich einbringen und ggf. intervenieren können. Gravierende Ausmaße nimmt der Mangel an politischer Bildung an, wenn selbst Multiplikator_innen in der Bildungsarbeit etwa an Schulen und Fortbildungseinrichtungen, politisch Verantwortliche und Verwaltungsmitarbeiter_innen grundlegende demokratische Prinzipien nicht kennen und demzufolge auch nicht anwenden. Deutlich wird das immer wieder in der nur rudimentären Verankerung von und Orientierung an Menschenrechten insbesondere in Politik und Verwaltung.

Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und strukturellen Homogenitätsbestrebungen gepaart mit massiven Demokratiedefiziten werden Ungleichwertigkeitsvorstellungen, menschenfeindliche Einstellungen bis hin zum geschlossenen neonazistischen Weltbild an die Folgegeneration vermittelt – mit fatalen Folgen, wie sich besonders am folgenden Beispiel zeigt: Mitglieder neonazistischer Gruppierungen und Szenen begründen eigene Familien, engagieren sich in den Kindertageseinrichtungen und Schulen ihrer Kinder. Sie sind Teil des Gemeinwesens und sind in

www.tolerantes-sachsen.de

GLS Bank – KNR: 110 44 52 700 – BLZ: 430 609 67

Vereinsregister Grimma – VRG-NR: VR1097



förderverein tolerantes sachsen

Domplatz 5 – 04808 Wurzen

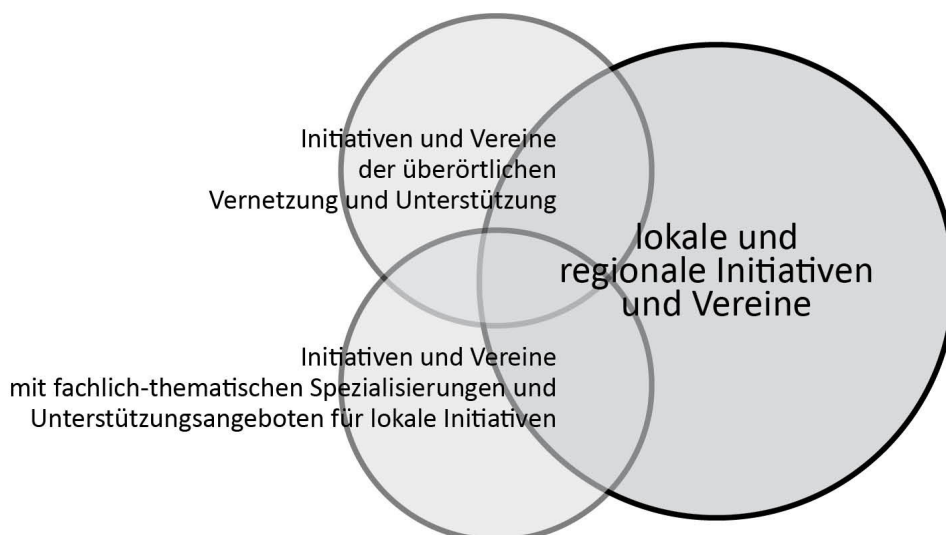
Telefon: 0178 544 58 07 – buero@tolerantes-sachsen.de

Vereinen, Kirchengemeinden usw. aktiv. Wenn dies unwidersprochen bleibt, entstehen neonazistische Erlebniswelten in Elternhäusern und Gemeinwesen, die zur Normalität werden können. Daraus kann eine Hegemonie neonazistischer Vorstellungen entstehen. Begünstigt wird dies noch durch einen Rückzug demokratischer AkteurInnen und einen Verlust gesellschaftlicher Pluralität.

Eine Entwicklung hin zu einem *inklusiven, pluralen, partizipativen* und *solidarischen* Sachsen kann sich nur vollziehen, wenn sich Heterogenität als Selbstverständlichkeit etablieren kann. Dafür braucht es, insbesondere im soziokulturell– schwachen, zumeist ländlichem Raum, eine wertschätzende Unterstützungspolitik für kritische Zivilgesellschaft und vor allem einen aktiven Abbau von diskriminierenden Mechanismen.

3. Unsere Arbeit – Strukturen, Arbeitsweisen und Teilziele der Mitglieder des Netzwerkes

Die Landschaft der nichtstaatlichen Einrichtungen (NGOs), die sich die Arbeit für demokratische Kultur und die Auseinandersetzung mit antidemokratischen, menschenrechtsfeindlichen und diskriminierenden Einstellungen und Handlungen zum Gegenstand gemacht haben, ist vielgestaltig und kann nur in dieser Vielfalt und in dem Ineinandergreifen verschiedener Arbeitsebenen und Arbeitsformen wirksam werden.



förderverein tolerantes sachsen

Domplatz 5 – 04808 Wurzen

Telefon: 0178 544 58 07 – buero@tolerantes-sachsen.de

Basis unserer Arbeit sind zahlreiche **lokale und regionale Initiativen und Vereine**. Lokale Initiativen stehen vor komplexen Herausforderungen, wenn sie die jeweilige Situation vor Ort analysieren, Aufgaben und Ziele formulieren, die angemessenen Instrumente finden, Netzwerke aufbauen, Veranstaltungen konzipieren und organisieren etc. Ihre Arbeit soll kontinuierlich und über einen langen Zeitraum angelegt sein und wird hauptsächlich durch freiwilliges, unbezahltes Engagement getragen.

Die Arbeit der lokalen Initiativen kann langfristig nur erfolgreich sein, wenn sie durch spezialisierte Organisationen in einem bereichernden Zusammenspiel unterstützt und ergänzt wird.

Zum einen sind dies **Initiativen und Vereine der überörtlichen Vernetzung und Unterstützung**. Sie erwachsen oft aus lokalen Initiativen und organisieren und unterstützen vor allem den Austausch von Wissen und Erfahrungen der lokalen Initiativen innerhalb ihrer Region und darüber hinaus. Diese Arbeit wird teils ehrenamtlich, teils hauptamtlich geleistet und findet in Sachsen noch zu wenig systematische und kontinuierliche Unterstützung.

Daneben haben sich in Sachsen etliche **Initiativen und Vereine mit fachlich-thematischen Spezialisierungen** herausgebildet. Sie arbeiten mit speziellem Fokus auf bestimmte Teilaspekte, Zielgruppen oder Methoden. Sie arbeiten überörtlich zumeist sogar landesweit und unterstützen die lokalen Bemühungen durch Beratungs-, Bildungs- und Veranstaltungsangebote. Ihr Fachwissen ist für die Arbeit vor Ort unerlässlich. Sie tragen darüber hinaus spezifische Erfahrungen zusammen, die sie in die fachliche und politische Debatte einbringen. Sie arbeiten häufig in einer Kombination aus Ehrenamt und professioneller Arbeit und kooperieren mit den Initiativen und Einrichtungen der lokalen Ebene.

Zu diesen landesweit arbeitenden Initiativen und Vereinen mit fachlich-thematischen Spezialisierungen gehören in der Trägerlandschaft in Sachsen auch hochspezialisierte professionelle Träger in der Antidiskriminierungsarbeit, der Opferberatung und in der Gemeinwesenberatung. Ihre Arbeit erfordert ein besonders hohes Maß an Kontinuität und Professionalität und ist nur mit öffentlich abgesicherten, hauptamtlichen Strukturen zu bewältigen.

Das Netzwerk Tolerantes Sachsen versteht sich als Teil der Zivilgesellschaft, also jenes Öffentlichen Raumes zwischen staatlicher, wirtschaftlicher und privater Sphäre, in der mehr oder weniger unabhängig von staatlichen Institutionen und Vorgaben einerseits Debatten über politische Visionen und Ziele geführt und andererseits konkrete Probleme vor Ort benannt und gelöst werden. Insofern versteht sich das NTS auch als Diskussionsort und politische Plattform.

www.tolerantes-sachsen.de

GLS Bank – KNR: 110 44 52 700 – BLZ: 430 609 67

Vereinsregister Grimma – VRG-NR: VR1097



förderverein tolerantes sachsen

Domplatz 5 – 04808 Wurzen

Telefon: 0178 544 58 07 – buero@tolerantes-sachsen.de

4. Bedingungen für eine erfolgreiche Arbeit

Um die Arbeit für demokratische Kultur erfolgreich gestalten zu können, bedarf es verschiedener Voraussetzungen. Es müssen sowohl innerhalb als auch außerhalb der NGO's Bedingen erfüllt sein, ohne die das Ziel einer Weiterentwicklung der demokratischen Kultur in Sachsen und eine sinnvolle Auseinandersetzung mit menschenverachtenden und antidemokratische Einstellungen und Handlungen nur schwer erreichbar sein wird. Bedingungen für eine erfolgreiche Arbeit innerhalb der nichtstaatlichen Einrichtungen sind die Qualität von Problemanalyse und Zielformulierung, Eigen und- Fremdevaluierung, der Netzwerkarbeit und der Transfer von Erfahrungen. Es gibt aber ebenso eine Vielzahl von Bedingungen außerhalb der nichtstaatlichen Einrichtungen, welche die Arbeit fördern oder behindern:

Problemwahrnehmung und Problemanalyse

Grundlegende Voraussetzung für die Entwicklung demokratischer Kultur ist die Wahrnehmung und Anerkennung von Problemen und Defiziten vor allem durch die politischen Akteure in den Kommunen und im Land, aber auch durch Mitarbeiter_innen in Verwaltungen, Behörden und Bildungseinrichtungen, durch die Verantwortlichen in Verbänden und nichtstaatlichen Einrichtungen, in Unternehmen und Medien. Die Problemwahrnehmung setzt Kenntnisse zu Argumenten und Parolen, Symbolen und Strukturen voraus, die auf das Vorhandensein von Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bis hin zu organisiert auftretenden Neonazis schließen lassen. Aber auch eine Sensibilität gegenüber solcher Phänomene ist notwendig. Darüber hinaus ist eine tiefere Durchdringung von Problemlagen erforderlich, um gegensteuern zu können. Eine oberflächliche Verurteilung offensichtlicher Straftaten oder eine verbale Ausgrenzung vermeintlich „extremistischer“ Parolen reicht nicht aus. Letzteres kann im Gegenteil sogar kontraproduktiv sein, da eine bloße verbale Abgrenzung von sogenannten „Extremisten“ das Problem menschenfeindlicher Einstellungen weder erkennt noch benennt, sondern in ein „Außen“ verortet, mit dem man selbst nichts zu tun habe. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit wird verunmöglicht. Vielmehr müssen wir uns verstärkt zugrunde liegenden Welt- und Menschenbildern, den gesellschaftlichen Zusammenhängen und individuellen Motivlagen zuwenden. Die Entwicklung demokratischer Kultur erfordert daher eine detaillierte Analyse von Einstellungen in der Bevölkerung und von sozialen Rahmenbedingungen.

Ressourcen der Arbeit

Die Arbeit der NGOs in Sachsen muss durch Kommunen und staatliche Stellen mit Ressourcen unterstützt werden. Uns geht es dabei sowohl um eine transparente und kontinuierliche Fördermittelvergabe, als auch um die Anerkennung und Förderung ehrenamtlicher Arbeit.

Träger, Initiativen und Gruppen müssen finanziell so ausgestattet werden, das eine kontinuierliche Arbeit mit professionellen Fachkräften gewährleistet ist. Es sollten dabei Leistungsvereinbarungen getroffen werden, die ein Arbeiten über Jahresscheiben hinaus ermöglichen. Des weiteren sollte regional darauf geachtet werden, dass in jedem Landkreis und in den kreisfreien Städten mindestens ein Ansprechpartner für Initiativen und Gruppen zur Verfügung steht, der die

www.tolerantes-sachsen.de

GLS Bank – KNR: 110 44 52 700 – BLZ: 430 609 67

Vereinsregister Grimma – VRG-NR: VR1097



förderverein tolerantes sachsen

Domplatz 5 – 04808 Wurzen

Telefon: 0178 544 58 07 – buero@tolerantes-sachsen.de

Rahmenbedingungen für erfolgreiche ehrenamtliche Arbeit gewährleisten kann und Projekte unterstützt.

Sinnvoll wäre dazu eine Projektförderung, die unterjährig Möglichkeiten bietet, schnelle finanzielle Hilfe für demokratische Bürgerbewegungen zu gewährleisten. Damit würden Initiativen gestärkt, die im Kern der Schlüssel zur erfolgreichen Verdrängung neonazistischer Tendenzen in der Kommune sind.

Die Arbeit kann aber nur dann fruchtbar gelingen, wenn ein Vertrauen zwischen staatlichen Stellen, den Kommunen und den Trägern gewährleistet wird. Diese Basis zu schaffen ist in die Planung der Ressourcen mit einzubeziehen.

Die Sächsische Landesregierung sollte pro Legislaturperiode je eine Studie in Auftrag geben, die unabhängig und repräsentativ die Einstellungen und Werthaltungen der sächsischen Wohnbevölkerung erfasst und detailliert beschreibt. Damit sollte eine gemeinsame Grundlage gegeben sein, auf der die Maßnahmen der Förderung weiterentwickelt werden. Der Diskurs, wie gefördert wird, sollte transparent geführt werden und sich an der Qualität der geleisteten Arbeit orientieren.

Anerkennung und Wertschätzung

Neben der materiellen Ausstattung müssen Vereine und Initiativen auch durch symbolische Gesten unterstützt werden. Ihre professionelle und oftmals ehrenamtlich geleistete Arbeit verdient Anerkennung und Wertschätzung. Wird ihnen diese zuteil, beispielsweise durch politische Akteure in Kommunen und Land oder durch Medien, so kann dies die Arbeit fördern. Gesten der Anerkennung und Wertschätzung demonstrieren gesellschaftlichen Rückhalt für die geleistete Arbeit, vermitteln den Aktiven der NGO's, etwas Wichtiges und Richtiges zu tun und zeigen auf diese Weise, dass die Relevanz des eigenen Handelns gesellschaftlichen Widerhall erfährt. Öffentliche Anerkennung und Wertschätzung heben Vorbilder hervor und können so auch bisher Inaktive zu mehr Beteiligung motivieren. Solche symbolischen Gesten können die Arbeit auch konkret vereinfachen, indem sie Türen öffnen. Öffentliche Anerkennung und Fürsprache ermöglichen und vereinfachen den Zugang zu Netzwerken und Sozialräumen.

Vernetzung

Die Entwicklung demokratischer Kultur ist nicht eine Aufgabe der NGOs allein. Eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte, aber vor allem die Anerkennung der gleichwertigen Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen und staatlichem Engagement bei der Gestaltung demokratischer Prozesse, ist eine wesentliche Grundlage für die Zusammenarbeit. Ebenso ist die Bereitschaft Kritik sachlich zu bearbeiten, Konflikte auszuhalten und produktiv zu machen die Grundlage eines kooperativen Miteinanders.

Die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen funktioniert seit 10 Jahren über das Netzwerk Tolerantes Sachsen in dem ca. 80 Initiativen Mitglied sind. Darüber hinaus müssen diese Strukturen in andere Bereiche der Zivilgesellschaft, wie Wohlfahrtsverbände, Sportbünde und Kirchen weiter ausgebaut werden. Oft sind in diesen großen Organisationen Einzelpersonen mit dem Thema Demokratieentwicklung und -bildung und der Auseinandersetzung mit Neonazismus befasst. Diese Auseinandersetzung sollte Anliegen der gesamten Organisation sein, um die

www.tolerantes-sachsen.de

GLS Bank – KNR: 110 44 52 700 – BLZ: 430 609 67

Vereinsregister Grimma – VRG-NR: VR1097



förderverein tolerantes sachsen

Domplatz 5 – 04808 Wurzen

Telefon: 0178 544 58 07 – buero@tolerantes-sachsen.de

Sensibilität und die Handlungssicherheit aller Mitarbeiter_innen zu erhöhen. Um das zu entwickeln sind neue Vernetzungspotentiale innerhalb der zivilgesellschaftlichen Strukturen in Sachsen zu heben. Im Austausch mit den Initiativen im Netzwerk Tolerantes Sachsen können die Einzelkämpfer_innen gestärkt werden und deutlicher in ihre Organisationen hinein wirken.

Offt sind Sportverbände, Kirchengemeinden oder Beratungsangebote der Wohlfahrt die einzigen Anlaufstellen in strukturschwachen ländlichen Regionen. Umso wichtiger sind die Sensibilität der Mitarbeiter_innen und die Handlungskompetenz der Einzelnen vor Ort. Wir als Netzwerk Tolerantes Sachsen wollen diese Organisationen noch stärker als bisher in unsere Arbeit einbeziehen und für dieses Anliegen werben. Besonders im Hinblick auf Problemwahrnehmung, Methodenkompetenz im Umgang und die Entwicklung von Qualitätsstandards im Bereich von Demokratiebildung und Auseinandersetzung mit Neonazismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Notwendig für die Verbesserung der Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen ist Vertrauen in zivilgesellschaftliche Arbeit und die Anerkennung der Fachkompetenz. Dabei gibt es gute Entwicklungen auf kommunaler Ebene. Dauerhafte Arbeitsbeziehungen zwischen Kommunalpolitik und -verwaltung und zivilgesellschaftlicher Arbeit sind auf kommunaler Ebene entstanden. Diese sind weiter ausbaufähig. In einigen sächsischen Kommunen allerdings stagniert dieser Prozess seit Jahren. Auch hier kann die Zusammenarbeit im Netzwerk Tolerantes Sachsen genutzt werden, um festgefahrene Situationen zu lösen und eine neue Kultur der Kooperation zu entwickeln.

Die Kooperation mit Schulen, Fach- und Hochschulen geschieht täglich durch die Arbeit der Mitglieder des Netzwerkes. Auch hier gibt es noch ungenutzte Potentiale. Beispielsweise können Bildungseinrichtungen vom know how der Initiativen bei der Entwicklung von Ideen, Strategien und Handlungsansätzen zum Umgang mit Rassismus und menschenfeindlichen Verhalten an ihren Bildungseinrichtungen profitieren.

Die Kooperation mit Kirchen und Religionsgemeinschaften in Sachsen ist auf einem guten Weg. So arbeiten etliche Initiativen in der AG Kirche für Demokratie und in der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus mit. Hier gibt es gelingende Synergien zwischen Initiativen im Netzwerk, Kirchengemeinden, oder -vorständen, oder einzelnen Gliedern der Landeskirche. Dieses gilt es weiter auszubauen. Eine Nagelprobe wird auch hier der 13. Februar in Dresden oder Demonstrationsveranstaltungen in anderen Orten sein.

Das Netzwerk Tolerantes Sachsen arbeitet in der LAG Vielfalt und im sächsischen Landespräventionsrat mit. Hier sollte im Sinne einer künftigen Kooperation das Vertrauen in die Partner_innen weiter gestärkt werden.

Nachhaltigkeit

Die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Initiativen leisten einen maßgeblichen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Kultur in Sachsen. Zur nachhaltigen Sicherung und Weiterentwicklung ihrer Arbeit wäre die Schaffung einer öffentlich finanzierten sächsische Beratungsstelle hilfreich, welche die Ideenentwicklung und Qualifizierung von Projekten und Anträgen begleitet und intensive Kontakte zu öffentlichen und privaten Fördermittelgebern unterhält. Diese Beratungsstelle sollte

www.tolerantes-sachsen.de

GLS Bank – KNR: 110 44 52 700 – BLZ: 430 609 67

Vereinsregister Grimma – VRG-NR: VR1097



förderverein tolerantes sachsen

Domplatz 5 – 04808 Wurzen

Telefon: 0178 544 58 07 – buero@tolerantes-sachsen.de

Teil einer unabhängigen Stiftung zur Förderung demokratischer Kultur in Sachsen sein, welche die Selbstbestimmtheit der Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen sichern kann.

Demokratieentwicklung lässt sich jedoch nicht allein an engagierte Einzelpersonen, Initiativen und Vereine delegieren, sondern muss in allen Teilbereichen der Gesellschaft als Querschnittsaufgabe verwirklicht werden. Zur Etablierung einer demokratischen Alltagskultur müssen daher die erfolgreichen und praxiserprobten Ansätze, Methoden und Inhalte aus der modellhaften Arbeit der NGOs in die Arbeit und Auseinandersetzungsprozesse staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen übernommen werden. Dies beinhaltet insbesondere die Anpassung und Ausrichtung von Leitbildern und Organisationskulturen in Bezug auf die demokratischen Prinzipien von Beteiligung und Mitsprache, Information und Transparenz, Anerkennung und Förderung von Vielfalt innerhalb der Organisationen, interkulturelle Kompetenzen, den Abbau von Diskriminierungen,

Chancengleichheit und Streitkultur. Die bestehende und auszubauende gesellschaftliche Vernetzung der sächsischen NGOs ist in diesem Kontext eine wichtige Grundlage zum Übertrag und zur Anpassung von Konzepten auf Unternehmen und Berufsverbände, Verwaltung und Behörden, Kindertageseinrichtungen, Schulen und Universitäten, sowie auf Sportvereine und deren Fanarbeit. Gerade in der Aus- und Weiterbildung müssen Ansätze zur Förderung einer demokratischen Alltagskultur mehr Raum einnehmen, um sie in den genannten Bereichen nachhaltig zu verankern.

Aufgrund ihrer expliziten Verpflichtung auf Gemeinwohl und demokratische Verfassungsprinzipien kommt staatlichen Stellen im Prozess der Weiterentwicklung demokratischer Kultur eine besondere Verantwortung zu. Diese beinhaltet für uns nicht nur eine Selbstbeschränkung staatlicher Macht und die Einhaltung formeller Regeln repräsentativer Demokratie, sondern eine bewusste Öffnung für neue Beteiligungsformen und partizipative Instrumente. Dies bedeutet, Bürgerbeteiligung nicht nur Ernst zu nehmen, sondern aktiv dazu zu ermutigen. Es beinhaltet aber auch die Anpassung staatlicher Strukturen mit Blick auf den Ausbau von Partizipation, Pluralismus und Diskriminierungsfreiheit innerhalb der Institutionen und den bewussten Einsatz staatlicher Steuerungsinstrumente um Anreize für die Demokratisierung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Organisationen zu schaffen.

